

Antrag

der Abgeordneten Jan Korte, Wolfgang Neskovic, Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.

Datenschutz für Beschäftigte stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Moderne Informations- und Kommunikationstechniken werden nicht nur zunehmend in Unternehmen und im öffentlichen Leben eingesetzt, sondern prägen bereits die gesamte Arbeitswelt. Die internationale Vernetzung und Globalisierung der Wirtschaft bedingt, dass Daten von Beschäftigten nicht nur innerbetrieblich, sondern auch über den Betrieb hinaus erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Nicht erst die Bespitzelungsaffäre beim Discounter Lidl zeigt, dass Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz deutlich besser gegen die Verletzung ihres informationellen Selbstbestimmungsrechts geschützt werden müssen als die bisherige Gesetzeslage es möglich macht. Das Fehlen gesetzlicher Vorgaben zum Schutz der Daten von Beschäftigten hat offensichtlich bei vielen Unternehmen die Ansicht entstehen lassen, alles zu dürfen, um ihre Beschäftigten zu überwachen. In besonderer Weise trifft dies auf Unternehmen zu, in denen keine Arbeitnehmervertretungen bestehen, die durch Mitbestimmungsverfahren die Persönlichkeitsrechte der anhängig Beschäftigten schützen und fördern und an die sich Betroffene wenden können. Aber auch in Unternehmen mit existierenden Arbeitnehmervertretungen haben diese oft Schwierigkeiten, die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen, da die Mitbestimmungsrechte in Bezug auf den Datenschutz im Betriebsverfassungsgesetz nur ungenügend geregelt sind. Eine Erweiterung der bestehenden Regelungen ist deshalb im Sinne der Rechtsklarheit und -durchsetzung dringend erforderlich. Darüber hinaus zeigt der Telekom-Skandal, der immer neue Fälle von massiver Überwachung von Arbeitnehmer/-innenvertretungen an den Tag bringt, dass auch die betriebliche Interessenvertretung eines besseren Schutzes bedarf.

Der Deutsche Bundestag hat gegenüber der Bundesregierung bereits mehrfach, zuletzt in der Beschlussempfehlung zum Tätigkeitsbereich des Bundesdatenschutzbeauftragten 2003/2004, die Forderung erhoben, den Schutz der Daten von Beschäftigten gesetzlich zu regeln und eine entsprechende parlamentarische Initiative unverzüglich vorzulegen. Die Bundesregierung ist dieser Forderung bisher nicht nachgekommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bis zum 31.12.2008 einen Gesetzentwurf zum Schutz der Daten von Beschäftigten im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich vorzulegen, der diese vor einer Beeinträchtigung ihres informationellen Selbstbestimmungsrechts durch die Erhebung, Speicherung, Veränderung oder Übermittlung sowie Nutzung ihrer personenbezogenen oder personenbeziehbarer Daten vor, während und nach Bestehen eines Arbeitsverhältnisses schützt. Der Gesetzentwurf soll folgende Regelungen umfassen:

- I. Grundsätze der Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung personenbezogener oder personenbeziehbarer Daten von Beschäftigten
- a) Das Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten umfasst Regelungen zur Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung personenbezogener oder personenbeziehbarer Daten von Beschäftigten unabhängig von den dafür genutzten Medien, Methoden und Formen und unabhängig davon, ob die Daten in elektronischer oder anderer Form vorliegen. Zu den personenbezogenen Daten gehören auch die Bilder der Beschäftigten.
Personenbeziehbare Daten (Daten, die unter Verwendung zusätzlicher Angaben auf eine Person bezogen werden können) sind personenbezogenen Daten gleichgestellt.
 - b) Das Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten gilt für den öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich. Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) wird entsprechend geändert.
 - c) Das Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten gilt für alle Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstleistungsverhältnis beschäftigt sind (nachfolgend Beschäftigte) und für jede Art der Erbringung der Arbeitsleistung oder der Vertragsgestaltung (auch Telearbeiterinnen und -arbeiter, mobilen Außendienstlerinnen und Außendienstler, Freelancerinnen und Freelancer sowie Outgesourcete). Das Gesetz gilt auch für Bewerberinnen und Bewerber um ein Beschäftigungsverhältnis.
Mit Personen, die nicht auf dem Betriebsgelände beschäftigt werden, sind unter Hinzuziehung der Interessenvertretung und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten konkrete Vereinbarungen zur Einhaltung der Regelungen des Gesetzes zum Schutz der Daten von Beschäftigten abzuschließen.
 - d) Die Erhebung, Speicherung, Veränderung oder Übermittlung sowie Nutzung der Daten von Beschäftigten ist nur zulässig, wenn sie durch Gesetz oder eine sonstige Rechtsvorschrift erlaubt ist oder ein mit den Betroffenen geschlossener Vertrag dies erfordert bzw. die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung im Interesse der Betroffenen geschieht.
 - e) Die Rechte Beschäftigter nach diesem Gesetz können nicht durch Rechtsgeschäfte eingeschränkt oder ausgeschlossen werden. Durch Kollektivvereinbarungen kann das Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten ergänzt und verbessert, aber nicht eingeschränkt werden.
Die Einschränkung von Rechten aus diesem Gesetz durch Einwilligung der betroffenen Beschäftigten, Bewerberinnen und Bewerber ist unzulässig.
 - f) Personenbezogene oder personenbeziehbare Daten dürfen nur erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt oder genutzt werden, wenn ein Datenschutzkonzept mit Festlegung der Zugriffsberechtigung und der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen vorliegt, das mit dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten und dem Betriebs-/Personalrat abgestimmt ist.
 - g) Personenbezogene oder personenbeziehbare Daten sind ausschließlich durch Personen zu erheben, zu speichern, zu verändern, zu übermitteln oder zu nutzen, die vorher gem. § 5 Bundesdatenschutzgesetz schriftlich auf das Datengeheimnis verpflichtet wurden und eine angemessene Schulung erhalten haben.
 - h) Daten in Personalaktenqualität, die zur Begründung und Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses benötigt werden, sind technisch und organisatorisch von den übrigen Daten der Beschäftigten getrennt zu speichern und zu verarbeiten, ohne dass hiervon die Auskunftsrechte der Betroffenen berührt werden.
Das gilt auch für Auftragsdatenverarbeitung.
 - i) Daten einer speichernden Stelle dürfen nicht mit Daten einer anderen speichernden Stelle gemeinsam gespeichert werden, unabhängig davon, ob es sich bei beiden Datenmengen um Daten von Beschäftigten handelt.
 - j) Werden personenbezogene oder personenbeziehbare Daten für ein künftiges oder im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt oder genutzt, ist dies nur zur Erfüllung des Zwecks des Arbeitsverhältnisses zulässig. Ausnahmen sind nur zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher

Pflichten zulässig. Dies ist schriftlich gegenüber den Betroffenen und dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten zu begründen. Es sind ausschließlich aktuelle und nachprüfbar Daten zu verwenden.

- k) Daten sind bei den Beschäftigten direkt zu erheben und diese müssen die Erhebung erkennen können. Sie sind auch über die technischen Mittel und Methoden der Verwendung sowie die zusätzlich verarbeiteten Daten zu informieren.
Ohne Mitwirkung der Betroffenen dürfen Daten von Beschäftigten nur erhoben werden, wenn eine Rechtsvorschrift dies vorsieht.
- l) Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung der Daten von Beschäftigten ist nur zulässig, wenn und solange sie zur Erreichung eines vorher konkret festgelegten Zwecks erforderlich ist (Zweckbindung) und die Verwendung Daten vermeidender Anwendungen diesen Zweck nicht oder nicht ohne unzumutbaren Aufwand erfüllen kann. Im Voraus festzulegen sind die technischen Mittel der Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung, die diesbezüglichen Grundsätze sowie diejenigen Daten, die zusätzlich in die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung eingehen. Durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass nur Personen Zugriff auf personenbezogene oder personenbeziehbar Daten haben, zu deren Aufgaben dieser Zugriff gehört. Daten von Beschäftigten, deren Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung ihrem Zweck nach nur vorübergehend erforderlich sind, sind binnen angemessener Frist zu löschen.
- m) Soweit den Betroffenen über die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung ihrer personenbezogenen oder personenbeziehbar Daten Mitteilung zu machen ist, sind auch die zugrunde liegenden Grundsätze, der Verwendungszusammenhang, die verwendeten technischen Mittel und Methoden, Empfänger, Herkunft, Beginn und Dauer der Speicherung sowie die Art derjenigen Daten, die zusätzlich in die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung eingehen, mitzuteilen. Neben der verantwortlichen Stelle sind auch die verantwortlichen Personen und deren Erreichbarkeit mitzuteilen. Durch Vereinbarung kann festgelegt werden, welche Mitteilungen ohne Personenbezug durch Offenkundigmachen oder auf andere Weise erfolgen können.
- n) Das Verbot automatisierter Einzelentscheidungen (§ 6a BDSG) ist in der Arbeitswelt zwingend zu befolgen. Personelle Einzelentscheidungen (§§ 99, 102 BetrVG) dürfen nicht automatisch erfolgen.
Rechtswidrig erlangte oder erfasste Daten sind unverzüglich zu löschen.
- o) Die Übermittlung der Daten von Beschäftigten an Dritte ist nur zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten oder arbeitsvertraglichen bzw. tariflichen Regelungen zulässig. Die Empfänger dieser Daten sind nachweislich auf die Grundsätze des Datenschutzes, insbesondere die Zweckbindung und das Übermittlungsverbot gem. § 28 Abs. 3 BDSG, hinzuweisen. Der Handel mit Daten von Beschäftigten ist verboten.

II. Schutz besonderer Arten von Daten

- a) Besondere Arten von Daten gemäß § 3 Abs.9 BDSG bzw. Art. 8 Abs.1 EG-DS-RL dürfen von Beschäftigten nur erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt oder genutzt werden, wenn und soweit es für einen konkreten Zwecke zwingend erforderlich ist. Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung derartiger Daten darf nur unter Beteiligung des Betriebs-/Personalrates sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten erfolgen.
- b) Daten über die physische und psychische Konstitution von Bewerberinnen und Bewerbern oder Beschäftigten (Gesundheitsdaten) werden besonderen Arten von Daten gemäß § 3 Abs 9 gleichgestellt. Das Bundesdatenschutzgesetz ist entsprechend zu ändern. Dabei ist das Merkmal „rassische Herkunft“ ersatzlos zu streichen. Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung von Gesundheitsdaten darf nur durch Personen erfolgen, die der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.

- c) Biometrische Daten dürfen ausschließlich zu Autorisierungs- und Authentifikationszwecken erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt und genutzt werden.
- d) Gentechnische Untersuchungen sind unzulässig, es sei denn, sie dienen der Einhaltung zwingender Erfordernisse des Gesundheitsschutzes.
- e) Die Speicherung und Übermittlung besonderer Arten von Daten hat verschlüsselt zu erfolgen.

III. Schutz von Bewerberinnen und Bewerbern

- a) Daten in Bewerbungsvorgängen sind bei den Betroffenen direkt zu erheben. Sie dürfen nur bezogen auf die Art der angestrebten Tätigkeit erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt und genutzt werden. Die Bewerberinnen und Bewerber sind über die Tatsache einer maschinellen Auswertung der Bewerbungsunterlagen zu informieren.
- b) Daten aus psychologischen Tests dürfen im Einstellungsverfahren nur für die Prüfung der Eignung für rechtlich eng zu begrenzende Aufgaben erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt und genutzt werden. Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung derartiger Daten setzt die Vorabkontrolle und Zustimmung des betrieblichen Datenschutzbeauftragten voraus.
- c) Graphologische Tests sind unzulässig.
- d) Führt eine Bewerbung nicht zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses, sind die Bewerbungsdaten einschließlich der Tatsache einer Bewerbung unverzüglich zu löschen oder zurückzugeben. Die Löschung ist auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.
- e) Fragen und Nachweisverlangen dürfen sich, soweit Besonderheiten des konkreten Arbeitsplatzes dies nicht zwingend erfordern, nicht beziehen auf:
 - Straf- oder ordnungswidrigkeitsrechtliche Verfahren, die nicht oder nicht mehr in ein Führungszeugnis aufgenommen werden dürfen oder mit dem Arbeitsplatz in keinem sachlichen Zusammenhang stehen,
 - die Vermögensverhältnisse oder evtl. Lohnpfändungen,
 - die Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes,
 - die Mitgliedschaft in Parteien, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften,
 - Schwangerschaften oder das Einsetzen des Klimakteriums,
 - Gesundheitsdaten, sofern diese keine Auswirkung auf die Erfüllung arbeitsvertraglicher Pflichten haben und biometrische Daten,
 - Sonstige besondere Arten von Daten i.S.d. § 3 Abs. 9 BDSG.
- f) Verweigert eine Bewerberin oder ein Bewerber die Auskunft auf eine unzulässige Frage und kommt das Arbeitsverhältnis aus diesem Grunde nicht zustande, ist ein Schadensersatzanspruch vorzusehen.
- g) Bewerberinnen und Bewerber haben Anspruch auf kostenlose Auskunft und fortlaufende Unterrichtung über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, auch wenn ein Arbeitsverhältnis nicht begründet wird. Der Auskunftsanspruch umfasst auch den Zeitpunkt der Erhebung, die vorgesehene Speicherdauer, Umfang und Zeitpunkt vorgenommener Veränderungen, die eventuelle Übermittlung sowie die Mitteilung über eine Auftragsdatenerhebung, Verarbeitung und Nutzung (§ 11 BDSG). Auf Verlangen ist die Auskunft schriftlich oder in anderer dauerhafter Form zu erteilen. An ein Auskunftsverlangen dürfen keine nachteiligen Folgen geknüpft werden.

IV. Schutz von Beschäftigten während und nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

1. Grundsätze

- a) Der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ist verpflichtet, in der betrieblichen Personalarbeit Daten vermeidende und datensparsame Instrumente und Mittel einzusetzen. Personenbezogene oder personenbeziehbare Daten der Beschäftigten sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur erhoben, gespeichert, verändert, übermittelt oder genutzt werden, wenn zuvor die technisch-organisatorischen Voraussetzungen und die ausschließlich verwendeten Datenfelder, die zulässigen Auswertungen und Zweckbestimmungen, die Speicherdauer, die verwendeten Programme, die zugriffsberechtig-

ten Stellen und die verfügbaren Schnittstellen nach den Kriterien der Erforderlichkeit und Zweckbindung abschließend definiert wurden.

- b) Beschäftigte haben Anspruch auf kostenlose Auskunft und fortlaufende Unterrichtung über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, auch wenn ein Arbeitsverhältnis nicht mehr besteht. Umfang und Rechtsfolgen des Auskunftsanspruchs entsprechen denen gem. Ziffer III.g) dieses Gesetzes. Auskunft darf den Betroffenen nur verweigert werden, wenn die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung der Daten ausschließlich der Bekämpfung konkreter Straftaten gegen die betrieblichen Interessen oder die Interessen anderer Beschäftigter dient oder einen Vorgang zum Gegenstand hat, der eine Kündigung oder Abmahnung rechtfertigen würde.
 - c) Nach Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses sind Daten von Beschäftigten zu löschen, wenn und solange sie nicht zur Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses und zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften erforderlich sind. Die Höchstdauer der Speicherung ist gesetzlich festzulegen. Abweichungen sind für konkrete Zwecke und für einen vorher bestimmten Zeitraum zulässig, wenn die Betroffenen einwilligen.
2. Leistungs-, Verhaltens- und Bewegungsprofile von Beschäftigten
- a) Daten, die einer Verhaltens- und/oder Leistungskontrolle dienen, dürfen ausschließlich dazu verwendet werden, die Arbeitsvertragserfüllung zu sichern, Einsatzplanungen oder Einsatzsteuerungen vorzunehmen oder Qualifizierungsmaßnahmen daraus abzuleiten. Sie sind im Einzelfall und zur Erreichung des jeweiligen konkret bestimmten Zwecks zu erheben, zu speichern, zu verändern zu übermitteln und zu nutzen. Über die besondere Zweckbestimmung sind die Betroffenen vorab zu informieren. Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung derartiger Daten sind einer Vorab - Kontrolle und Zustimmung durch den Betriebs-/Personalrat sowie den betrieblichen Datenschutzbeauftragten zu unterziehen.
 - b) Die Erstellung von Leistungs- oder Verhaltensprofilen zur ständigen oder uneingeschränkten Überwachung der Beschäftigten ist unzulässig.
 - c) Die Erstellung von Bewegungsprofilen der Beschäftigten ist unzulässig.
3. Nutzung von Telekommunikations- und Telemedieneinrichtungen
- a) Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind verpflichtet, den Beschäftigten einen barrierefreien Zugang zu den digitalen Netzwerken des Unternehmens zu gewährleisten und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Präsenz sowie der Präsenz des betrieblichen Datenschutzbeauftragten in elektronischen Netzwerken auszubauen. Beschäftigten, Personal-/Betriebsräten und im Betrieb vertretenen Gewerkschaften sowie betrieblichen Datenschutzbeauftragten ist ein freier Zugang zu E-Mail-Systemen und Intranet der Unternehmen zu garantieren.
 - b) E-Mails zwischen den Beschäftigten, auch solche mit nicht strikt geschäftlichem Inhalt, elektronische Rundschreiben des Betriebsrats und gewerkschaftliche Informationsbretter in Unternehmensnetzen sind zulässig.
4. Überwachung des Kommunikationsverhaltens der Beschäftigten
- a) Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung von Kommunikationsdaten ist an einen konkreten, im Voraus festgelegten Zweck zu binden und muss zu den schutzwürdigen Interessen der Betroffenen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bezieht sich die Auswertung des Kommunikationsverhaltens auf bestimmte Arbeitnehmer, bedarf es eines besonderen Grundes, der den Betroffenen im Voraus schriftlich mitzuteilen ist. § 3a BDSG ist anzuwenden, soweit der Zweck der Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung von Kommunikationsdaten im Einzelfall eine Abweichung rechtfertigt.
 - b) Eingriffe in das Telekommunikationsgeheimnis sind für einen bestimmten Zeitraum, durch Stichproben und nach vorheriger Ankündigung, die einer angemessenen Form bedarf, zulässig. Sie unterliegen der Vorabkontrolle und Zustimmung durch den Betriebs-/Personalrat und den betrieblichen Datenschutzbeauftragten.

- c) Daten über berufliche Kommunikationsvorgänge können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von den Beschäftigten im Einzelfall oder in voraus bestimmten Fällen herausverlangen oder diese sind auf Aufforderung aktenkundig zu machen, soweit dies zur Dokumentation der Erbringung der vertraglichen Arbeitsleistung erforderlich ist.
 - d) In Fällen, in denen eine Privatnutzung des digitalen Netzes der Unternehmen durch die Beschäftigten vom Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zugelassen wird, unterfällt diese Nutzung gemäß Informations- und Kommunikationsdienstgesetz dem Fernmeldegeheimnis sowie den datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Telekommunikationsgesetzes. Dies betrifft nicht nur den Inhalt, sondern auch die Information über Absender und Empfänger, Versende- und Empfangsdatum sowie den Datenumfang. Protokolliert werden darf nur zur Datensicherung oder zu Abrechnungszwecken. Personenbezogene Auswertungen von Protokolldateien sind unzulässig.
 - e) Die Kommunikation von Beschäftigten mit den betrieblichen Datenschutzbeauftragten sowie den Organen der betrieblichen Mitbestimmung ist überwachungsfrei zu garantieren.
5. Überwachung mittels opto - elektronischer Geräte in Unternehmen
- a) Die Überwachung einzelner Beschäftigter, ihrer Leistung oder ihres Verhaltens mittels opto - elektronischer Geräte ist unzulässig. Sie kann auch nicht durch Vereinbarung mit Betriebs- oder Personalräten erlaubt werden.
 - b) Erlaubt ist der Einsatz opto -elektronischer Geräte einschließlich Videokameras, Webcams, Chipkarten, RFID-Chips und weiterer technischer Systeme im Rahmen der Objektsicherung bestimmter Gebäude, Gebäudeteile oder von Firmengelände. Die Zweckbestimmung des Einsatzes dieser Geräte ist schriftlich festzulegen und bedarf der Zustimmung des Personal-/Betriebsrates sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten.
 - c) Auf den Einsatz opto - elektronischer Geräte ist durch entsprechende Hinweisschilder aufmerksam zu machen.
 - d) Die Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung von Daten aus einer Überwachung mittels opto - elektronischer Geräte unterliegt einer strengen Zweckbindung. Der Zugriff auf diese Daten darf nur zur Aufklärung von Verstößen gegen die betriebliche Sicherheit oder von Eigentumsdelikten erfolgen. Die Daten sind spätestens nach 7 Tagen automatisiert zu löschen oder zu überschreiben. Dies ist zu protokollieren.
 - e) Zur Aufklärung von Straftaten ist die Übermittlung aufgezeichneter Daten aus der Überwachung mittels opto-elektronischer Geräte an die Strafverfolgungsbehörden gestattet.

VI. Betriebliche Datenschutzbeauftragte

- a) Betriebliche Datenschutzbeauftragte sind zu bestellen, wenn eine gesetzlich festgelegte Mindestzahl von in der Regel fünf Beschäftigten erreicht wird.
- b) Die persönliche und sachliche Unabhängigkeit der betrieblichen Datenschutzbeauftragten ist besonders zu garantieren. Die Regelungen des § 4f BDSG sind dahingehend zu erweitern, dass besondere Kündigungsschutzrechte analog § 103 Betriebsverfassungsgesetz vorgesehen werden. Für angestellte betriebliche Datenschutzbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist außerdem eine Schutzvorschrift analog § 78 Betriebsverfassungsgesetz vorzusehen. Wesentliche Beeinträchtigungen der Unabhängigkeit von betrieblichen Datenschutzbeauftragten sind unter Strafe zu stellen.
- c) Betriebliche Datenschutzbeauftragte sind im Einvernehmen mit dem Betriebs-/Personalrat zu bestellen und abzurufen und haben einen Nachweis ihrer Fachkunde zu erbringen. Betriebliche Datenschutzbeauftragte und Betriebs-/Personalräte konsultieren und informieren sich im Rahmen ihrer Aufgaben gegenseitig. Die Aufgaben des betrieblichen Datenschutzbeauftragten erstrecken sich auch auf die Datenerhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung durch den Be-

etriebsrat/Personalrat. Bei festgestellten Verstößen gegen das Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten sind diese mit dem Betriebsrat/Personalrat direkt auszuwerten. Der Betriebs-/Personalrat gilt insofern als verantwortliche Stelle.

- d) Betriebliche Datenschutzbeauftragte erstellen jährlich einen Bericht über den Schutz der Daten von Beschäftigten in ihrem Zuständigkeitsbereich und veröffentlichen diesen betriebsintern.

VII. Betriebs- und Personalräte

- a) Betriebs- und Personalräte sind Teil der Daten verarbeitenden Stelle und haben die gleichen Mitbestimmungs-, Auskunfts- und Informationsansprüche wie die betrieblichen Datenschutzbeauftragten.
- b) Betriebs- und Personalräte dürfen im Rahmen ihrer Aufgaben personenbezogene Daten von Beschäftigten erheben, speichern, verändern, übermitteln und nutzen. Sie unterliegen dabei der Aufsicht des betrieblichen Datenschutzbeauftragten.
- c) Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind gegenüber Betriebs- und Personalräten zur Herausgabe der Daten von Beschäftigten verpflichtet.

VIII. Die Aufsichtsbehörden

Die für die Kontrolle des Datenschutzes zuständigen Aufsichtsbehörden der Länder sind unabhängige Institutionen. Sie kontrollieren die Ausführung und Einhaltung des Gesetzes zum Schutz der Daten von Beschäftigten. Sie beraten die betrieblichen Datenschutzbeauftragten und die verantwortlichen Stellen bei der Anwendung des Gesetzes.

IX. Schiedsstellen für den Schutz der Daten von Beschäftigten

- a) Bei den Aufsichtsbehörden kann eine paritätisch von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzte Schiedsstelle analog zur Einigungsstelle gemäß Betriebsverfassungsgesetz eingerichtet werden.
- b) Die Schiedsstelle kann angerufen werden, wenn zu Fragen des Persönlichkeitsrechtsschutzes zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie betrieblicher Interessenvertretung unter Einbeziehung der oder des betrieblichen Datenschutzbeauftragten keine Einigung erzielt werden kann. Das Recht der Betroffenen, sich unmittelbar an die Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu wenden, bleibt davon unberührt.

X. Schadensersatz und Sanktionen

- a) Erleiden Beschäftigte durch eine nach dem Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten unzulässige oder unrichtige Erhebung, Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung ihrer personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten einen materiellen oder immateriellen Schaden, ist die verantwortliche Stelle zu Schadensersatz verpflichtet.

Es obliegt der verantwortlichen Stelle oder der in ihrem Auftrag handelnden Person, nachzuweisen, dass sie die gebotene Sorgfalt bei der Datenerhebung, -speicherung, -veränderung, -übermittlung und -nutzung eingehalten hat.

Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen nach anderen Rechtsgrundlagen wie beispielsweise nach § 823 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sowie §§ 7 und 8 BDSG bleibt davon unberührt.

- b) Verstöße gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes sind – soweit sie nicht vorsätzlich, in schädigender Absicht oder gegen Entgelt begangen werden – als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Ordnungswidrig handelt insbesondere, wer fahrlässig
 1. ohne gesetzliche Grundlage Daten von Beschäftigten erhebt, speichert, verändert, übermittelt oder nutzt,
 2. Daten zusammenführt, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden,
 3. dem berechtigten Verlangen der Beschäftigten nach Auskunft, Berichtigung, Sperrung oder Löschung nicht unverzüglich nachkommt,

4. Beschäftigtendaten ins Ausland übermittelt, ohne die EU-Standardvertragsklauseln zu verwenden oder die Regelungen des § 4c Abs. 2 BDSG einzuhalten
 5. Bilder von Beschäftigten verwendet, ohne dass eine gesetzliche Grundlage für die Verwendung existiert,
 6. Verfahren, die der Vorabkontrolle gemäß Gesetz zum Schutz der Daten von Beschäftigten unterliegen, ohne diese Vorabkontrolle anwendet.
- c) Das Handeln des Leiters der verantwortlichen Stelle ist ebenfalls als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen, wenn er eine Handlung nach Ziffer b) zwar nicht selbsttätig ausführt, jedoch sorgfaltspflichtwidrig deren Ausführung durch andere Personen veranlasst oder duldet.
- d) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 2.000.000 Euro geahndet werden.
- e) Die Regelungen der §§ 43 und 44 BDSG bleiben unberührt.
- f) Wer vorsätzlich, in schädigender Absicht oder gegen Entgelt gegen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Daten von Beschäftigten verstößt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Berlin, den 16. Dezember 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung*